

ZUKUNFT DER BRINGDIENSTE Alte und neue Ideen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Kein Weiterkommen

Einen Betriebsrat wird es beim Lieferdienst Flink vorerst nicht geben. Der Wahlvorstand löst sich überraschend vor Gericht auf

VON CHRISTOPH M. KLUGE

Beim Lieferdienst Flink wird es vorerst keinen Betriebsrat geben. Das ist das Ergebnis einer Verhandlung vor dem Berliner Arbeitsgericht in Mitte am Montag. Der Wahlvorstand, der die Wahl durchführen wollte, löste sich überraschend auf. Die Beschäftigten wollen nun in einem weiteren Verfahren erreichen, dass das Arbeitsgericht einen Wahlvorstand einsetzt. Im Arbeitskampf erheben beide Seiten schwere Vorwürfe gegeneinander.

Anfang September dieses Jahres hatten Beschäftigte einen Wahlvorstand gewählt. Das ist ein Gremium, das die eigentliche Betriebsratswahl organisiert. Bei der Versammlung kam es jedoch zu Tumulten. An der Tür wurden nicht alle Beschäftigten eingelassen. Das Organisationsteam warf ihnen vor, leitende Positionen im Unternehmen zu bekleiden. Führungskräfte sind laut Gesetz nicht wahlberechtigt. Doch die Ausgeschlossenen sagten, sie seien lediglich Schlichterinnen ohne Personalverantwortung. Die Anwaltskanzlei Pusch Wahlig reichte im Namen der Geschäftsführung beim Arbeitsgericht eine Klage ein und wollte den Abbruch der gesamten Wahl erreichen. Das begründete sie mit dem Chaos bei der Versammlung. Sie warf den Initiator:innen vor, gegen Gesetze verstoßen und „wesentliche Grundsätze des Demo-



Protestbereitschaft. Beschäftigte des Lieferdienstes Flink versammelten sich am Montag vor der Verhandlung beim Arbeitsgericht in Mitte mit Transparenten. Sie wollen gegen Widerstände aus der Geschäftsführung einen Betriebsrat gründen. Doch der Wahlvorstand löste sich überraschend auf.

Foto: Christoph M. Kluge/Tagesspiegel

ANZEIGE

HELFENDE HAND FÜR MALERBETRIEBE

ConBotics bietet mit dem Maler-Roboter die automatisierte Lösung für Oberflächenbeschichtungen. Der mobile Leichtbauroboter kann Aufträge doppelt so schnell und mit verringertem Personalaufwand durchführen. Während der Roboter arbeitet, kann die Fachkraft andere Tätigkeiten durchführen.

Mehr Informationen unter: www.innovationspreis.de

kratieprinzips“ missachtet zu haben. Bei der Versammlung habe es Machtmissbrauch, Drohungen und Beleidigungen gegenüber Beschäftigten gegeben, die mit dem Ablauf unzufrieden waren.

Die Antragsschrift der Arbeitgeberseite umfasst 170 DIN-A4-Seiten, in denen die Anwälte ihre Vorwürfe detailliert ausführen. Als Belege sind darin viele Quellen angeführt, unter anderem Aussagen von Beteiligten in sozialen Netzwerken wie Instagram. Der Flink-Anwalt Tobias Pusch wollte diese Beweisführung am Montag im Saal fortsetzen mit einer Videovorführung. Der Vorsitzende Richter Hans-Jürgen Streicher machte schon zu Beginn deutlich, dass er diese Idee für „nicht so prickelnd“ hielt. Er befürchtete offenbar, dass beide Seiten die Verhandlung vor allem für eine Insze-

nierung nutzen würden, anstatt juristische Sachargumente auszutauschen. Doch zu der Filmvorführung kam es nicht. Robert Snyder – einer der Beschäftigten, die die Betriebsratswahl initiiert hatten – verlas gleich zu Beginn ein vorbereitetes Statement. Snyder warf er der Geschäftsführung vor, Notlagen von Beschäftigten auszunutzen. Die Belegschaft bestehe vor allem aus Migrant:innen, die sich nicht gut mit dem deutschen Arbeitsrecht auskannten, sagte der gebürtige US-Amerikaner. Der Arbeitsalltag sei von Willkür der Vorgesetzten gegenüber ihren Untergebenen geprägt. Die Bezahlung komme oft unvollständig auf den Konten an. Die Beschäftigten lebten zudem in ständiger Unsicherheit vor einer plötzlichen Kündigung. Im Unternehmen herrsche eine „Kultur der Angst“. Deshalb sei die Wahl des Wahlvorstand Anfang September ein „historischer Tag“ für die Beschäftigten des Lieferdienstes gewesen, sagte Snyder. Das Ziel der Einladenden sei es lediglich gewesen, „die Standards des deutschen Arbeitsrechts bei Flink umzusetzen“. Doch die Geschäftsführung habe die Ergebnisse der Wahl nicht akzeptiert und versuche nun, die Mitbestimmung im Unternehmen zu verhindern. Dann gab er die Selbstauflösung des Wahlvorstands bekannt. Pusch, offensichtlich überrascht von dieser Volte der Gegenseite, zweifelte die Aussagen Snyders an und forderte eine Eides-

stattliche Erklärung von ihm. Dann wiederholte er einen zentralen Vorwurf der Antragsschrift: Hinter der Betriebsratswahl stünden „politische Aktivisten, die die Mitbestimmung missbrauchen, um ihre Agenda zu reiten“. Bereits in der schriftlichen Begründung hatte das Anwaltsbüro die anarcho-syndikalistische Kleingewerkschaft Freie Arbeiter*innen-Union (FAU) als treibende Kraft hinter der Wahl bezeichnet – und ihr vorgeworfen, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen. Ihre Beteiligung sei daran er-



Anwalt Martin Bechert wirft Flink vor, ein „faschistoides Spitzelsystem“ zu betreiben.

kannt worden, dass Wahlhelfende Westen mit dem FAU-Logo trugen. Ein Wahlhelfer und eine FAU-Sprecherin sagten dem Tagesspiegel jedoch übereinstimmend, dass die Anarcho-Gewerkschaft nichts mit der Wahl zu tun gehabt habe.

Bei der Verhandlung am Montag sprach Pusch nun nicht mehr über die FAU. Stattdessen warf er einem Verein na-

mens „Aktion gegen Arbeitsrecht“ vor, in die Durchführung der Versammlung involviert gewesen zu sein. Dieser Verein führe „rein politische Kampagnen“ und verfolge damit das langfristige Ziel, die gesamte Branche der Lieferdienste „kaputt zu machen“. Ein Sprecher des Vereins, der im Publikum saß, rief dazwischen, beschimpfte Pusch und warf ihm vor, keine Ahnung von der Materie zu haben. Vertreter:innen des Vereins unterstützen die Proteste von Lieferdienst-Beschäftigten immer wieder, bereits seit den ersten Streikaktionen 2020 beim Flink-Konkurrenten Gorillas. Ein Artikel auf der Website des Vereins wirft Flink „Union Busting“ vor, also die systematische Bekämpfung von Gewerkschaftsarbeit. Die „Aktion gegen Arbeitsrecht“ befasst sich aber nicht nur mit dieser Branche, sondern auch zum Beispiel mit Arbeitskämpfen bei Fluggesellschaften.

Am Montag gab es auch Vorwürfe von der Gegenseite. Martin Bechert, der Anwalt der Beschäftigten, warf seinem Gegenüber Pusch vor, gezielt „Lügen“ und „Verschwörungstheorien“ zu verbreiten, um die Beschäftigten zu diskreditieren und alle, die sie unterstützten. Ziel des Managements sei es, die Belegschaft einzuschüchtern. Flink wolle keinen Betriebsrat zulassen, sagte Bechert, sondern die umstrittene firmeninterne Struktur der „Ops Committees“ erhalten. Diese Gremien ähneln Betriebsräten,

sind aber im Gegensatz zu diesen nicht im Arbeitsrecht verankert. „Ein Ops Committee hat keine Rechte und keinen Kündigungsschutz“, kritisierte Bechert. Seine Mitglieder würden nicht gewählt, sondern von der Geschäftsführung ernannt. Daher sei es tendenziell arbeitgeberfreundlich. Der Anwalt ging noch weiter: Es handle sich nicht um eine Beschäftigtenvertretung, sondern um ein „faschistoides Spitzelsystem“, eine perfide Einrichtung, deren eigentlicher Zweck es sei, die Belegschaft auszuhorchen und gefügig zu machen. Ihm sei bekannt, dass bereits Beschäftigte eine Kündigung erhalten hätten, nachdem sie sich gegenüber dem Ops Committee als Befürworter:innen eines Betriebsrates zu erkennen gegeben hätten, behauptete Bechert. Auch für die chaotischen Szenen bei der Versammlung macht Bechert die Geschäftsführung verantwortlich. Die habe gezielt Störer geschickt, um die Wahl später anfechten zu können, vermutete er.

Der Flink-Sprecher Boris Radke wies die Vorwürfe zurück. „Diese Aussagen sind absolut unter der Gürtellinie“, sagte er. „Dagegen werden wir uns wehren und Herrn Bechert rechtlich belangen.“ Die Ops Committees seien „unabhängige Gremien“, deren Arbeit allen Beschäftigten zugutekomme. Bechert hingegen sei selbst ein politischer Aktivist und „Teil eines Systems, das versucht, Flink zu sabotieren“.

Getir testet Notfall-App für Fahrer

Software kann Unfälle im Straßenverkehr erkennen

In Berlin, wo laut statistischem Bundesamt jährlich etwa 15.000 Verkehrsunfälle verzeichnet werden, will der Lebensmittellieferdienst Getir nun die Sicherheit seiner Fahrradkuriere erhöhen. Das soll durch eine Zusammenarbeit mit dem Berliner Start-up Calima gelingen.

Letzteres hat eine sogenannte Notfall-App entwickelt, mit der in Unfallsituationen schneller Hilfe gerufen werden kann. In einem Pilotprojekt sollen die Smartphones von 40 Kurieren damit ausgestattet werden.

Der Start war holprig: Vor zwei Wochen hatte der Brand eines Akkus die gemeinsame Präsentation von Calima und Getir verhindert. Doch nun ist das Projekt gestartet. Mit der Software können Kuriere in Bedrohungssituationen sofort den Arbeitgeber benachrichtigen, erklärt Calima-Mitgründerin Katharina Hochmuth. Zusätzlich zum aktiven Notruf enthalte die Software auch einen „Unfallsdetektor“. Dieser löse sich bei Stürzen oder Zusammenprallen aus und der Arbeitgeber werde automatisch kontaktiert.

Die App wird für vier Wochen getestet. Den Testmonat finanziert die Berufsgenossenschaft Handel und Warenlogistik. Deren Präventionsexperte Stefan Raßmann hält das Experiment für notwendig. In ihrer Branche seien die Mitarbeiter zwangsläufig einem hohen Risiko ausgesetzt, weil sie bei jedem Wetter auf der Straße unterwegs seien.

Benjamin Konzag, der bei Getir für die Sicherheit verantwortlich ist, betont, dass die App einfach zu benutzen sei. Das sei ein Vorteil. Außerdem ermögliche die App es, genauere Unfallsstatistiken zu erfassen. So könne man zum Beispiel Unfallschwerpunkte definieren und, dank der automatischen Erkennung, auch weniger schwerwiegende Unfälle erfassen, bei denen es eine hohe Dunkelziffer gibt.

„Gerade jetzt ist Sicherheitsvorkehrungen besonders wichtig. Im Herbst wird es nicht nur dunkler, sondern auch nasser und rutschiger“, meint Konzag. Getir liege aber im Hinblick auf Sicherheitsmaßnahmen vor anderen Unternehmen der Branche. Schwarze Kleidung von Konkurrenten sei in der dunklen Jahreszeit schwer zu erkennen, sagt Konzag. Schwarz tragen die Fahrer des Wettbewerbers Gorillas, den Getir Berichten zufolge übernehmen möchte.

Wenn die Testphase erfolgreich ist, soll die Technologie womöglich auch international ausbreitet werden. Ausgewertet wird das Projekt laut Getir im Dezember.

CHARLOTTE AEBISCHER



Partner. Stefan Raßmann (Berufsgenossenschaft), Katharina Hochmuthund (Calima) und Benjamin Konzag (Getir). Foto: Getir

ANZEIGE

TAGESSPIEGEL AUKTION

20. – 27. November 2022

Auktion

Ersteigern Sie eines von **über 600 Angeboten** bei der Online-Auktion des Tagesspiegels. Einzigartige und exklusive Angebote verschiedenster Kategorien – **bereits ab 1 Euro.**

tagesspiegel.de/auktion

Alle Angebote als Beilage am **Samstag** in den PNN und **Sonntag** im Tagesspiegel!